

156 Einwände zum Kiesabbau

WB 6.10.14

Anwohner-Vertreter übergeben der Bezirksregierung zudem mehr als 1060 Unterschriften

Bad Oeynhausen (cb). An diesem Mittwoch läuft die Frist ab, bei der Bezirksregierung in Detmold aktuell Einwände gegen den Kiesabbau nördlich des Gutes Deesberg einzureichen. 156 haben die zuständigen Stellen erreicht.

Bernhard Kuhn, Werner Friedhoff und Martina Ladwig-Kuhn haben sie am vergangenen Donnerstag Barbara Späth vom Bereich Wasserwirtschaft bei der Bezirksregierung und Wolf-Christian Denkhaus (Leitung Zulassungsverfahren Rechtsangelegenheiten) übergeben. Mit im Gepäck hatten sie mehr als 1060 Unterschriften von Bürgern, die sich gegen den Kiesabbau ausspre-

chen. Kuhn: »50 Prozent der Unterschriften haben wir in Babbenhausen und Oberbecken gesammelt. Der Rest kommt aus dem gesamten Stadtgebiet und dem benachbarten Vlotho.« Zusammen gekommen seien sie in den vergangenen etwa drei Wochen. Die Einwände der Bürger beschäftigen sich nach Kuhns Angaben in erster Linie mit ihren Sorgen »zu einer erhöhten Hochwassergefahr, einem schnelleren Ansteigen und wieder Abfallen des Hochwassers.« In diesem Zusammenhang gehe es auch um Altlasten. »Nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1950er Jahre ist in dem Bereich vieles abgelagert worden,

vom Hausmüll, über Alt-Chemikalien bis hin zu Schrott und Bauschutt«, sagte Bernhard Kuhn.

Große Bedeutung habe bei den Anwohner auch das Thema Lärmschutz. »Viele Anwohner befürchten im Zuge des Kiesabbaus einen Anstieg der Belastung«, sagte Bernhard Kuhn. Im jüngsten Umweltausschuss hatte der Landschaftsarchitekt Rainer Brokmann über den geplanten Kiesabbau berichtet (WESTFALEN-BLATT vom 3. Oktober). Dabei hatte er unter anderem darauf verwiesen, dass die Lärm-Grenzwerte eingehalten würden, »sogar um sechs Dezibel unterschritten würden.« Kuhn stellte dies in Frage mit dem



Bernhard Kuhn

Argument: »Mir ist nicht bekannt, das aktuelle Lärmmessungen Basis für diese Aussage sind.« Zu wenig Bedeutung werde bei den Überlegungen für den Kiesabbau auch dem aktuellen Freizeitwert des Umfeldes beigemessen.

Im Umweltausschuss war einstimmig beschlossen worden, die Bürger im Rahmen einer Veranstaltung umfassend zu informieren. Kuhn: »Jede Information für die Bürger ist gut. In diesem Fall kommt sie viel zu spät, läuft die Frist für Einwände doch am Mittwoch ab.« Im Fachausschuss hatte Arnold Reeker, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen, erklärt: »Wir befinden uns am Anfang des Verfahrens, in der ersten Stufe. Ich finde, eine Informationsveranstaltung für Bürger geht auch jetzt noch.«